

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen,
Martin Erwin Renner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/14765 –

30 Jahre Mauerfall – Errichtung eines Denkmals für die Opfer des Sozialismus beziehungsweise Kommunismus in Berlin

A. Problem

Die Fraktion der AfD fordert eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland. Im von der SED diktatorisch geführten Unrechtsstaat DDR seien Millionen Menschen zu Opfern von Zwangskollektivierung, von Bespitzelung und von sogenannten Zersetzungsmaßnahmen durch den Staatssicherheitsdienst geworden. Tausende seien aus politischen Gründen inhaftiert, einige Hundert Menschen seien getötet worden. Viele Menschen seien in ihren schulischen und beruflichen Entwicklungen eingeschränkt worden, Millionen hätten ihre Heimat verloren, weil sie flüchten mussten, umgesiedelt oder nach Reisen an der Rückkehr gehindert wurden. Ihnen allen sowie ihren Angehörigen fehle ein würdiger Ort des Gedenkens und der Trauer.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll den Forderungen der antragstellenden Fraktion gemäß gemeinsam mit dem Land Berlin einen zentralen Ort in der Hauptstadt identifizieren, um an diesem öffentlichen Ort ein Denkmal für alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten. Die Gestaltung des Denkmals soll in einem offenen Wettbewerb ermittelt und das Denkmal um ein Dokumentationszentrum ergänzt werden. Einbeziehen soll die Bundesregierung in Überlegungen und Planungen die Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft, wissenschaftliche Institutionen sowie die ostdeutschen Bundesländer.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14765 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Ausschuss für Kultur und Medien

Katrin Budde

Vorsitzende und Berichterstatterin

Elisabeth Motschmann
Berichterstatterin

Dr. Götz Frömming
Berichterstatter

Thomas Hacker
Berichterstatter

Simone Barrientos
Berichterstatterin

Erhard Grundl
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Elisabeth Motschmann, Katrin Budde, Dr. Götz Frömming, Thomas Hacker, Simone Barrientos und Erhard Grundl

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/14765** in seiner 124. Sitzung am 7. November 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Inneres und Heimat.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD fordert eine zentrale Gedenkstätte für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Deutschland. Im von der SED diktatorisch geführten Unrechtsstaat DDR seien Millionen Menschen zu Opfern von Zwangskollektivierung, von Bespitzelung und von sogenannten Zersetzungsmaßnahmen durch den Staatssicherheitsdienst geworden. Tausende seien aus politischen Gründen inhaftiert, einige Hundert Menschen seien getötet worden. Viele Menschen seien in ihren schulischen und beruflichen Entwicklungen eingeschränkt worden, Millionen hätten ihre Heimat verloren, weil sie flüchten mussten, umgesiedelt oder nach einer Reise an der Rückkehr gehindert wurden. Ihnen allen sowie ihren Angehörigen fehle ein würdiger Ort des Gedenkens und der Trauer.

Die Bundesregierung soll der Forderung der antragstellenden Fraktion gemäß gemeinsam mit dem Land Berlin einen zentralen Ort in der Hauptstadt identifizieren, um an diesem öffentlichen Ort ein Denkmal für alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland zu errichten. Die Gestaltung des Denkmals soll in einem offenen Wettbewerb ermittelt und das Denkmal soll um ein Dokumentationszentrum ergänzt werden. Einbeziehen soll die Bundesregierung in Überlegungen und Planungen die Opferverbände der kommunistischen Gewaltherrschaft, wissenschaftliche Institutionen sowie die ostdeutschen Bundesländer.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuss für **Inneres und Heimat** hat in seiner 77. Sitzung am 11. Dezember 2019 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 38. Sitzung am 11. Dezember 2019 Ablehnung empfohlen mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der Ausschuss verzichtete mit Verweis auf eine für die 135. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Dezember 2019 geplante Debatte zum Thema auf eine Aussprache.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Elisabeth Motschmann
Berichterstatlerin

Katrin Budde
Berichterstatlerin

Dr. Götz Frömming
Berichterstatler

Thomas Hacker
Berichterstatler

Simone Barrientos
Berichterstatlerin

Erhard Grundl
Berichterstatler

